

## IN DIESER AUSGABE

- Haushalt 2020: Das Ende der Gemeinsamkeiten ist erreicht!
- Kitapolitik: Der Fachkräftemangel in Kitas spitzt sich immer weiter zu
- Bildungspolitik: Wir brauchen mehr politische Bildung und nicht weniger
- Netzausbau: Mit Jamaika bleibt Schleswig-Holstein das „Land der Funklöcher“

Haushalt 2020:

## Das Ende der Gemeinsamkeiten ist erreicht!

Auch im dritten Jahr bleiben die Widersprüche der Koalitionspartner eklatant, kaum eines ihrer Versprechen von 2017 hat heute noch Bestand. Nicht bei der Infrastruktur, nicht bei der Energiewende, nicht bei der Entlastung der Eltern und schon gar nicht bei der Versöhnung von Ökonomie und Ökologie oder beim Umgang mit den Beschäftigten. All das geschieht vor dem Hintergrund einer Haushaltslage, die besser ist, als sie es in Schleswig-Holstein über viele Jahre war. Zu den Haushaltsberatungen 2020 erklärt der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Dr. Ralf Stegner:

„Beim Klimaschutz ist es mit der Glaubwürdigkeit der Koalition nicht weit her: Keine andere Maßnahme schafft mit so geringem Aufwand im Straßenverkehr ein vergleichbar großes CO<sub>2</sub>-Einsparpotential als ein Tempolimit. Bedauerlicherweise zeigen die Unfallstatistiken der ersten Monate ohne Geschwindigkeitsbegrenzung auch, wie dramatisch Situationen auf einer Autobahn mit derart großem Geschwindigkeitsgefälle zwischen den Fahrspuren ausgehen können. Schade, aber eben auch typisch, dass Jamaika natürlich auch in dieser Frage nicht zu einer vernünftigen oder gar gemeinsamen Positionierung in der Lage ist. Bereits im ersten Haushaltsentwurf haben CDU, FDP und Grüne niedrig gestapelt: Der einzige größere Punkt war ein Fonds für Klimaschutz, der nicht mal 800.000 Euro umfasste. Selbst diesen mussten die Koalitionäre mit der Nachschiebeliste um 150.000 Euro reduzieren, weil dem Ministerium plötzlich und überraschend auffiel, dass so ein Fonds auch noch verwaltet werden muss.“

**„Die SPD zeigt, was in Sachen Klimaschutz möglich wäre, wenn ihr die Koalition nicht im Wege stünde!“**

Die SPD zeigt, was in Sachen Klimaschutz im Haushalt möglich wäre, wenn die Koalition sich nicht selber im Weg stünde. Über die kommenden vier Jahre wollen wir 20 Millionen für einen Moorschutzfonds in die Hand nehmen, denn die Wiedervernässung von Mooren ist hochwirksamer Klimaschutz. Anstelle von Waldgipfeln, bei denen mehr Fotos als sinnvolle Vorschläge gemacht werden, wollen wir ganz konkret eine weitere Million in den Ankauf von Flächen für neuen Wald stecken. Das Jobticket, an dem Nah.SH arbeitet, muss zum Erfolg werden, denn ohne einen wirklich attraktiven ÖPNV wird die Verkehrswende scheitern. Darum wollen wir die Anschubfinanzierung um dreieinhalb Millionen erhöhen. Das ist auch sinnvoll, um die Schadstoffbelastung in unseren Städten und vor



allem in Kiel zu reduzieren. Allemal hilfreicher übrigens als ein Umweltminister, der auf dem selben Irrweg wandelt wie sein Vorgänger und mit Fahrverboten droht, von denen der Verkehrsminister bereits gesagt hat, dass sie nicht kommen werden. Bei der Verkehrswende helfen auch anständige Radwege. Über die kommenden beiden Jahre wollen wir deshalb 27 Millionen Euro für Neubau und Sanierung an Landesstraßen in die Hand nehmen, das ist der Bedarf, den der ADFC ausgerechnet hat. Wer sozialverträglichen Klimaschutz will, darf die Menschen mit den Kosten dafür nicht alleine lassen. Den notwendigen ökologischen Umbau unserer Industriegesellschaft sozialverträglich zu machen, ist unsere Pflicht und dafür steht niemand mehr als die Sozialdemokratie. Eine besondere Herausforderung in Schleswig-Holstein sind die Ölheizungen, die noch immer in vielen Häusern stecken. Wir wollen das Bundesprogramm zum Austausch beschleunigen und verstärken. Dafür planen wir sechs Millionen Euro. Die von uns beantragte Stabsstelle für Klimaschutz in der Staatskanzlei hilft dieser Landesregierung vielleicht dabei, ihre Klima-Hausaufgaben für die verbleibende Zeit dieser Koalition ein wenig gründlicher zu erledigen.

Bereits in der letzten Legislaturperiode hat der Bildungsausschuss eine große Anhörung zum Thema Bildungskosten durchgeführt. Die Ergebnisse sind erschreckend. Die viel zu oft versteckten Bildungskosten, die Familien im Schuljahr 2015/16 entstanden sind, haben sich zu einer echten Belastung für Gering- und Normalverdienerfamilien entwickelt. Viel zu oft wird der Schulbesuch der Kinder mittlerweile zur finanziellen Belastungsprobe der Eltern. Es wird dringend Zeit zu handeln. Darum zeigen wir mit unseren Anträgen für den Haushalt, wie der Einstieg in die echte Lehrmittelfreiheit an den Grundschulen gelingen kann. Wir setzen an dieser Stelle einen klaren Schwerpunkt, für den im Haushalt Luft ist, und beantragen 16 Millionen Euro. Gegen den Mieterbund, gegen den Sozialverband, gegen den DGB und gegen die Volksinitiative für bezahlbaren Wohnraum hat die Koalition den Mieterschutz über Bord geworfen: Nur in Schleswig-Holstein sind Mietpreisbremse und die Kappungsgrenzenverordnung Geschichte.

## *„Jamaikas Politik trägt dazu bei, das Klima für Mieter in Schleswig-Holstein noch rauer werden zu lassen.“*

Leider zeichnet sich ein weiterer Haushalt ab, bei dem diese Koalition nicht bereit ist, den mieterfreundlichen Vermietern den Rücken zu stärken. Wir wollen auch mit dem Haushalt 2020 Kommunen dabei unterstützen, eigene Wohnungsbestände aufzubauen und Fehler der Vergangenheit rückgängig zu machen. Denn Vermieter, bei denen nicht die Höhe der Rendite im Mittelpunkt steht, sind der beste Mieterschutz. Während Jamaika den Mieterschutz schleift, wollen wir mehr davon. Die Grundlage dafür sind qualifizierte Mietspiegel. Deshalb haben wir Unterstützung für die Kommunen beantragt, die Mietspiegel erstellen lassen wollen. Es gibt auch einen Posten in diesem Haushalt, an dem man ohne jedes schlechte Gewissen kürzen kann. Für die SPD-Fraktion steht fest: Auch mit diesem Haushalt ist ein Abschiebeknast für uns nicht zustimmungsfähig!

Unser Fazit: Ein weiteres Mal nutzt die Koalition ihren finanziellen Spielraum nicht. Der Grund dafür ist genauso einfach wie traurig: CDU, FDP und Grüne wissen nicht, wohin sie gemeinsam wollen. Mit unseren Anträgen zum Haushalt zeigen wir, was mit dem Blick für die Zukunft dieses Landes möglich wäre, aber es scheitert an einer Landesregierung, die sich am laufenden Band selbst dort verkracht, wo Vorhaben im Koalitionsvertrag wortwörtlich festgehalten sind.“

**Hier geht's zur Rede von Ralf Stegner:**

[https://www.youtube.com/watch?v=XYax\\_kMhVCY](https://www.youtube.com/watch?v=XYax_kMhVCY)

# Der Fachkräftemangel in Kitas spitzt sich immer weiter zu!

Das Problem der fehlenden Fachkräfte wird von der Landesregierung nicht ernst genug genommen. Es braucht neben der Kita-Reform auch eine Neuausrichtung der Erzieherausbildung. Deshalb hat die SPD einen Antrag gestellt, um die erzieherischen und sozialpädagogischen Ausbildungen attraktiver zu gestalten und eine Ausbildungsvergütung einzuführen. Dazu erklärt Serpil Midyatli:

„Wir müssen endlich zu einer Ausbildungsvergütung für die ErzieherInnen wie auch für die SPA`s kommen. Zum einen, weil es ungerecht ist, eine in der Regel 5-jährige Ausbildung zu starten und dabei einen gesetzlichen Auftrag in der KITA zu erfüllen, ohne auch nur einen Cent dabei zu verdienen. Zum anderen aber, weil wir in allen Bereichen mittlerweile einen hohen Bedarf an Fachkräften haben, der sich in den nächsten Jahren noch weiter zuspitzen wird, weil viele KollegInnen in den wohlverdienten Ruhestand gehen. Als Politiker müssen wir uns deshalb sofort um die Rahmenbedingungen kümmern.“

Auch wenn es Kreise und Städte gibt, die nur Erzieherinnen einstellen, sollte die SPA-Ausbildung erhalten bleiben. Als Sozialdemokratin ist es mir wichtig, auch weiterhin einen niedrigschwelligen Zugang zu den Ausbildungen zu ermöglichen. Vor allem aber müssen wir auch andere neue Formen des Aufstiegs mit dem Job ermöglichen. Denn heute gilt: Einmal SPA immer SPA. Außer man hängt eine dreijährige Ausbildung ran, ohne Bezahlung – egal ob bereits Berufserfahrung vorliegt. Die Schulen brauchen weiteres Personal, dann können sie auch mehr Fachkräfte ausbilden. Auch hinsichtlich des



Rechtsanspruches auf einen Ganztagsplatz wird weiteres Personal benötigt.

Daher lohnt der Blick an die Fachhochschulen. An der FH Kiel gibt es 1000 Bewerberinnen auf gerade mal bis zu 150 Studienplätzen. Diese Situation ist mit Blick auf den tatsächlichen Bedarf nicht hinnehmbar. Wir brauchen hier dringend einen Ausbau der Plätze. Ziel der SPD ist es, die Care-Berufe deutlich aufzuwerten, da sie eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe erfüllen. Unsere Gesellschaft verändert sich im Moment enorm. Familien-Modelle werden vielfältiger. Wir wollen deshalb ein verändertes Selbstverständnis von früher Bildung oder der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Danach müssen wir die Ausbildungen und auch die Bedarfe neu ausrichten.“

Hier geht s zur Rede von Serpil Midyatli:

<https://www.youtube.com/watch?v=RiYP98OQo4s>

# Wir brauchen mehr politische Bildung und nicht weniger!

Zur Diskussion um WiPo als Pflichtfach an den Schulen in Schleswig-Holstein hat die SPD gemeinsam mit dem SSW einen Antrag eingebracht, in dem sie die Stärkung der politischen Bildung in Schleswig-Holstein fordern. Dazu erklärt der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Martin Habersaat:

„Die Welt ist im Wandel. Schülerinnen und Schüler haben das Bedürfnis, sich mit der Suche nach Antworten auf Rechtsextremismus, Klimawandel und Digitalisierung zu beschäftigen. Es muss in der Schule reflektiert werden, wie die Demokratie und ihre Institutionen auf solche und andere Herausforderungen reagieren, und die Schule muss vermitteln, wie unsere Demokratie funktioniert und warum ein guter Kompromiss unterschiedliche Argumente voraussetzt. Wer eines Tages Verantwortung für sich und andere übernehmen soll, braucht mehr politische Bildung und nicht weniger. Vielleicht sollten wir über eine Umbenennung des Faches in Politik und Wirtschaft sprechen.

WiPo-Unterricht kann im Rahmen der Kontingenzstundentafel in der Mittelstufe nahezu völlig umgangen werden. Nach den Plänen der Landesregierung zur neuen Oberstufenverordnung, die ohnehin eine Verordnung der verpassten Chancen ist, wäre ein Abitur in Schleswig-Holstein denkbar, bei dem nur in der 11. Klasse zwei Wochenstunden WiPo besucht wurden. Das sollte so nicht sein dürfen. Wir müssen uns dringend über mehr WiPo unterhalten, nicht über weniger! Das gilt auch für unsere Gemeinschaftsschulen, an denen weniger WiPo-Unterricht gegeben wird als an den Gymnasien (vgl. die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung „Wer hat, dem wird gegeben“). Deshalb braucht es verpflichtende WiPo-Inhalte ab Klasse fünf und mehr WiPo-Pflichtstunden ab Klasse sieben.

Hier findest du die Rede von Martin Habersaat:

[https://www.youtube.com/watch?v=lxG\\_rx5dGNo](https://www.youtube.com/watch?v=lxG_rx5dGNo)

# Mit Jamaika bleibt Schleswig-Holstein das „Land der Funklöcher“!

Die SPD hat sich von der Landesregierung in der letzten Plenarsitzung des Jahres auch über den Stand und die Planungen zur Einführung von 5G in Schleswig-Holstein berichten lassen. Dazu erklärt der netzpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Heiner Dunckel:

„Deutschland ist im internationalen Vergleich in Sachen Netzabdeckung weit abgeschlagen. Die Einführung von „flächendeckendem 5G“ mag deshalb für einige Einwohner außerhalb der Ballungszentren wie blanker Hohn klingen, wenn sie in ihrem Alltag lediglich mit Edge- Geschwindigkeit, also noch nicht einmal mit 3G, unterwegs sind. Vor Kurzem hat das Ministerium mit den 5G-Netzbetreibern festgestellt, dass es in SH 531 Funklöcher gibt. 90

von diesen sollen bis Ende nächsten Jahres geschlossen werden. Ob hier „5G“ oder auch nur LTE oder 3G angeboten wird, ist weiterhin unklar. Was ist aber mit den restlichen 441 Funklöchern? Eine Haushaltsabdeckung von 98 Prozent in Schleswig-Holstein bedeutet eine Flächenabdeckung von 75 Prozent. Wie viele Beispiele auch aus der Landwirtschaft deutlich machen, benötigen wir in Wahrheit eine Flächenabdeckung. Die Bundesnetzagentur bezeichnet 5G als „Hoch-Zuverlässigkeitsnetz“, das für das viel diskutierte vernetzte Fahren, den autonom fahrenden öffentlichen Personennahverkehr oder bildgebende Verfahren in der Medizin und Industrie erforderlich ist. Meine Sorge ist aber, dass die flächendeckende Netzabdeckung mit mehr als 50.000 Antennen in Schleswig-Holstein ein frommer Wunsch - insbesondere für die ländlichen Räume - bleibt. Privatwirtschaftlich wird das nicht funktionieren, wird sich das nicht rechnen. Leider ist dem Bericht des Ministers nicht zu entnehmen, was die Landesregierung gedenkt, um das Ziel der Flächenabdeckung zu erreichen, insbesondere, wenn es die Netzbetreiber privatwirtschaftlich nicht leisten werden. Leider ist unser Land bei der ersten Runde der Förderung der 5G- Modellregionen nicht zum Zuge gekommen. Ich habe aber wahrgenommen, dass andere Bundesländer große, vielleicht auch größere, Anstrengungen unternommen haben, ihre Regionen zu unterstützen. So müssen wir mit einem gewissen Neid auf andere Bundesländer blicken, die z.B. mit „TACNET 4.0“ in Kaiserslautern in Kooperation mit Partnern aus Industrie und Wissenschaft Konzepte und Algorithmen entwickeln und "Voraussetzungen für viele Industrie 4.0- Anwendungen schaffen".

Schon bei der Versteigerung der 3G-Lizenzen gab es die Diskussion, dass der Staat - also wir - das nicht einfach so laufen lassen dürfen. Zwar sind die Netze verkauft, das entbindet uns jedoch nicht, diesen Ausbau kritisch und, im wahrsten Sinne des Wortes, politisch zu begleiten. Wir erwarten deshalb ein Konzept- unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger - mit klaren zeitlichen Vorgaben, wie eine flächendeckende Verfügbarkeit mit 5G in Schleswig-Holstein hergestellt werden soll."

**Hier findest du die Rede von Heiner Dunckel:**

<https://www.youtube.com/watch?v=jrq-nuUsJ1c>